

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 11

Ersteinst. Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Breitenstr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 12. März 1922

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Kolonnette 3 Mark; für Werbendmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Versammlungsanzeigen usw. 1 Mark. \* Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten. \*

38. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Erhebung einer Extrasteuer. Die fortschreitende Geldentwertung, die dadurch immer größer werdenden laufenden Ausgaben und die Notwendigkeit der Ansammlung immer größerer Mittel für kommende Lohnkämpfe erfordern es, daß der Verbandskasse größere Mittel zugeführt werden.

Wir haben deshalb im Einverständnis mit dem Verbandsauschuß auf Grund des § 9 des Verbandsstatuts die Erhebung einer Extrasteuer beschlossen, die vom 1. April, also von der 14. Woche ab, in Kraft tritt.

Die Extrasteuer soll betragen:

In Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Mark	0,50	1,50	1,50	2,—	2,50

Der Verbandsbeitrag beträgt dann einschließlich der Extrasteuer von der 14. Woche ab

In Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Mark	2,—	4,—	5,—	7,—	9,—

2. Neue Quittungsmarken. Mit der 14. Beitragswoche, das ist die Woche vom 2. bis 8. April, kommen neue Quittungsmarken zur Ausgabe. Es sind von da ab auch für etwa noch vorhandene Restwochen nur noch diese neuen Marken mit den erhöhten Beitragsätzen zu verwenden.

Um den mit der Führung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären die Arbeit tunlichst zu erleichtern, richten wir hiermit an alle Mitglieder die dringende Mahnung, die Beiträge regelmäßig und pünktlich an die zuständigen Stellen abzuführen. Da nach § 7 Abs. 1 des Statuts der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten ist, müssen spätestens bis zum 27. März die Beiträge bis einschließlich der 13. Woche bezahlt sein.

Die Vertrauensleute, Unter- und Werkstufenkassierer sind verpflichtet, spätestens bis zum 31. März mit den alten Beitragsmarken abzurechnen und dafür die neuen Marken in Empfang zu nehmen.

3. Neue Zahlstellen des Verbandes werden mit unserer Zustimmung am 1. April errichtet im

- Gau Nordosten: in Sorau.
- Gau Rheinland links des Rheines: in Cleve.
- Gau Sachsen: in Großenhain und Reichenau.
- Gau Nordböhmen: in Ansbach.

4. Eingegangene Zahlstelle. Aufgelöst wegen zu geringer Mitgliederzahl ist die Zahlstelle Pirna-Sachsen im Gau Hessen und Pfalz. Die noch vorhandenen Mitglieder werden als Einzelmitglieder beim Gauvorstand in Frankfurt a. M. weitergeführt. (Adresse: Arbeiterzeitschriftenstr. 51 II.)

5. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr in

	Beitragsklasse				
	1	2	3	4	5
	10 Pf.	20 Pf.	30 Pf.	100 Pf.	100 Pf.
Darmstadt . . . . .	—	—	30	100	100
Eberstadt . . . . .	50	50	50	50	50
Göppingen . . . . .	—	100	100	150	150
Kottbus . . . . .	50	50	50	100	100
Sebitz i. Sa. . . . .	100	100	100	100	100

Der Verbandsvorstand.

## Unsere Lohnverhandlungen

sind nunmehr festgelegt. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien (Apt) finden am 17. März in Weimar, die mit dem Arbeitgeberverband für die Deutsche Etuis- und Kartonnagenindustrie (Adbet) am 20. März in Eisenach statt. Mit den Lohnverhandlungen für letztere Gruppe werden die Verhandlungen über Neuabschluss des Tarifs, der am 31. März abläuft, verbunden.

## Neues Lohnabkommen in der Wellpappenindustrie.

Am 28. Februar haben in Berlin mit dem Arbeitgeberverband der Wellpappenindustrie Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen stattgefunden, die zu nachstehender Vereinbarung geführt haben.

1. Die Löhne werden mit Wirkung ab 1. März 1922 um folgende Teuerungszulagen erhöht:

Arbeiter:

	Ortsklasse	
	I u. II	III u. IV
a) im Alter v. 14—16 Jahren	0,50	0,40
b) " " 16—18 "	0,70	0,60
c) " " 18—20 "	1,20	1,—
d) " " 20—23 "	1,50	1,20
e) " " über 23 "	1,80	1,50

Arbeiterinnen:

a) im Alter v. 14—16 Jahren	0,40	0,30
b) " " 16—18 "	0,60	0,40
c) " " 18—20 "	0,80	0,60
d) " " über 20 "	1,—	0,80

2. Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen erhalten die vorstehenden Zulagen neben den bisherigen Akkordlöhnen als feste Zulagen für die bezahlten Arbeitsstunden und zwar entsprechend ihrer Altersklasse.

Die neuen Reichstariflöhne für die Wellpappenindustrie stellen sich demnach wie folgt:

I. Arbeiter:

	Ortsklasse			
	I	II	III	IV
a) im Alter v. 14—16 J.	4,60	4,40	4,05	3,85
b) " " 16—18 "	6,40	6,20	5,85	5,75
c) " " 18—20 "	9,20	9,—	8,55	8,35
d) " " 20—23 "	12,15	11,95	11,45	11,25
e) " " über 23 "	13,65	13,35	12,85	12,65

II. Arbeiterinnen:

a) im Alter v. 14—16 J.	3,75	3,60	3,30	3,25
b) " " 16—18 "	5,30	5,15	4,75	4,60
c) " " 18—20 "	6,85	6,70	6,30	6,10
d) " " über 20 "	8,25	8,15	7,75	7,55

An alle in der Wellpappenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden als Stundenzuschlag auf die Tariflöhne gezahlt:

nach einjähriger Tätigkeit in der Industrie	10 Pf.
" zweijähriger "	20 "
" dreijähriger "	30 "

Das Lohnabkommen hat bei monatlicher Kündigungsfrist Gültigkeit bis 15. April 1922.

## Qualitätsarbeit.

I.

Unsere Forderungen nach mehr Lohn versuchen die Unternehmer in der Hauptsache damit abzuwehren, daß sie auf die eigenartige Lage des Gewerbes als regelrechtes Lohngewerbe hinweisen, dem die Möglichkeit nicht gegeben sei, die mit Lohnbewilligungen verbundenen Belastungen auf die Abnehmer abzuwälzen. Diese Argumente haben einen Schein von Richtigkeit für sich, aber auch nur einen Schein. Die Hauptabnehmer unserer Produkte selbst sind es, die jetzt das schöne Märchen zerstören und uns den Nachweis liefern, daß der Absatz guter Bücher in keiner Weise durch den Preis beeinflusst wird und daß selbst Preiserhöhungen im letzten Weihnachtsgeschäft vom kaufenden Publikum ruhig und gelassen hingenommen werden. Mit dieser Feststellung schlagen sie unseren Unternehmern, in erster Linie dem V. d. B., die Waffen aus der Hand, die sich diese zur Abwehr unserer Forderungen geschmiedet haben.

Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ hat zu Anfang des Jahres eine Umfrage an die Mitglieder des Börsenvereins der deutschen Buchhändler gerichtet, in der an erster Stelle um Antwort auf die Frage gebeten wurde, welchen Einfluß die Bücherpreise auf den Absatz hatten und einmütig wird in den vielen Antworten festgestellt, daß ein Einfluß der Preise auf den Absatz nur insofern zu bemerken war, als die überaus billigen Bücherpreise der Anlaß zu einem glänzenden Geschäft für die Verleger und Buchhändler wurden. Weiter wurde durch die Umfrage zweifellos festgestellt, daß das Verlangen nach Qualitätsware im kaufenden Publikum neu erwacht ist und damit ist dem Buchgewerbe der Weg gewiesen, den es jetzt zu gehen hat. Aus der Fülle der Antworten zitieren wir die folgenden. Es wurde berichtet aus

Bayreuth: Die erhöhten Bücherpreise hatten auf den Absatz keinen Einfluß. Die Preise wurden anstandslos und gern bezahlt. Ueber zu hohe Preise hielt sich niemand auf. Das Erwachen der Liebe zum Buch war unverkennbar.

Bremen: Der Preis hat eine geringe Rolle gespielt, viel mehr die Ausstattung des Buches. Das Publikum will guten Einband und weist alles zurück, was in Papp gebunden ist, sofern eine bessere Ausgabe des gleichen Buches existiert.

Frankfurt a. Main: Bücherpreise scheinen im allgemeinen keinen Einfluß auf den Absatz zu haben. Für wertvolle ernste Literatur in guter Ausstattung wurde jeder Preis glatt gezahlt. Besonderer Wert wurde auf Ausstattung und Einband gelegt; manches an sich recht wertvolle Buch fand Ablehnung wegen seiner allzu lässigen und unschönen Ausstattung.

Selzenkirchen: Bücherpreise hatten auf den Absatz keinen Einfluß. Das Publikum verlangt mit vollem Recht dauerhaften Einband, mindestens Halb-leinen in geschmackvoller Farbzusammenstellung. Für den Buchhandel sollte im neuen Jahre die Parole lauten: „Zurück zur Qualitätsarbeit!“

Stah: Der Einfluß der Bücherpreise auf den Absatz war ein guter. Es wurde nicht das billigste Buch gewählt, sondern das beste und vor allem das schön ausgestattete.

Städt: Der diesjährige Bücherpreis hatte auf den Absatz keinen Einfluß.

**Hamburg:** Der Umsatz ist ungefähr auf das Doppelte des Vorjahres zu bemessen. Die Preisliste weist daher auch keine große Rolle. . . . Eine Preissteigerung ist dem Publikum gar nicht zum Bewußtsein gekommen, da die neuen Preise der Bücher zu den Preisen anderer Waren in gar keinem Verhältnis stehen. Im allgemeinen wurden Bücher in guten Einbänden viel verlangt und gekauft. Bücher mit schlechtem Papier wurden trotz ihres geringen Preises sehr oft zurückgewiesen.

**Heldberg:** Die Bücherpreise hatten auf den Abzug keinen Einfluß. Teure Werke wurden mehr gekauft und waren mehr begehrt als billige. Es wurde Gewicht auf solide Einbände und gutes Papier gelegt. Lederbände waren nicht mehr so verlangt und wurden vielfach zurückgewiesen, wenn das Papier minderwertig war. Ebenso ging es mit Pappbänden. War das Buch in Papp- oder Leinenband vorhanden, so wurde der Leinenband, trotz des höheren Preises, vorgezogen.

**Rölln:** Immer wieder wurde vom Publikum das Gebahren ausgesprochen, daß noch immer die meisten Bücher in unwürdiger Ausstattung erscheinen. Für solches Papier und Ganzleinen oder gute Halblederbände würde gern ein höherer Preis gezahlt werden. Der Fall, daß ein Buch wegen schlechter Ausstattung zurückgewiesen wurde, war häufiger als das, daß die Höhe des Preises beanstandet wurde.

**Wäbel:** Es wurde weniger Wert auf den Preis, wohl aber auf gute Ausstattung gelegt.

**Magdeburg:** Die Bücherpreise können nur einen günstigen Einfluß auf den Abzug gehabt haben, da sie im Verhältnis zu denen anderer Waren immer noch niedrig zu nennen sind. Klagen über zu hohe Bücherpreise sind daher so gut wie gar nicht laut geworden. Im Gegenteil wurden häufig die billigen Bücherpreise unternommen gelobt. Die Jagd nach Lederbänden dürfte nachgelassen haben, jedoch findet das schöne Buch immer guten Abzug.

### Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß

Da die in Nr. 9 dargestellte Unmöglichkeit, diese Wahl streng nach den Beständen des Würzburger Verbandstages vorzunehmen, hat uns zwei Zuschriften aus unserem Kollegenzirkel und der Verbandsleitung einen Protest der Zentralstelle Berlin gebracht. Die Zuschriften zu veröffentlichen ist überflüssig, wenn wir feststellen, daß beide gegen die Art der Wahl protestieren. Die Zuschrift des Kollegen Wäbel-Berlin würde auch um deswillen nicht zum Abdruck kommen können, weil sich dessen Zuschrift durch einen Ton auszeichnet, der das unmöglich macht. Er unterstellt der Verbandsleitung Motive, die diesem bei der Beratung der Materie absolut fernzulegen haben. Wir können demgegenüber nur feststellen, daß der Beschluß der Verbandsleitung gefaßt ist aus rein sachlichen Momenten und ohne den Hintergedanken, den „Gewerkschaftskongreß“ zum „Kongreß“ zu halten oder „einen Teil der Mitglieder an die Wand zu drücken“, wie Wäbel meint. Und Wäbel macht sich die Sache leicht. Ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, in die Materie einzudringen, behauptet er, der entsprechende Verbandstagsbeschluss ist durchführbar. So leicht sollte man es sich bei einer öffentlichen Polemik doch nicht machen. Außerdem hat Wäbel seine Zuschrift bereits in der Berliner „Roten Fahne“ veröffentlicht, ein Grund für uns mehr, seine Zuschrift abzulehnen.

Anders verfährt der Kollege Thälheim-Weipzig, der Einfinder der zweiten Zuschrift, der sich doch wenigstens bemüht, der ausgetauchten Schwärzerei Herr zu werden, wenngleich auch er es sich nicht verlagern kann, seiner Zuschrift eine stark polemische Note zu geben und der Verbandsleitung ebenfalls zu unterstellen, daß wenig einwandfreie Motive die Ursache zu ihrem Handeln seien. Wir begnügen uns mit dieser Registrierung, weil wir positiv wissen, daß die Verbandsleitung den Beschluß des Verbandstages zur Durchführung gebracht haben würde, wenn er eben durchführbar wäre. Und daß das letztere nicht der Fall ist, erkennt auch Thälheim in seiner Zuschrift an, denn auch seine Vorschläge weichen von dem Verbandstagsbeschluss in nicht unwesentlichen Punkten ab. Thälheim geht zunächst von einer falschen Voraussetzung aus, wenn er annimmt, daß nur drei Listen in Vorschlag gebracht

werden könnten (SPD., USPD. und KPD.). Er sagt: „Anderer Parteimitgliedern müßten natürlich ausscheiden, da an solche auf dem Verbandstage nicht gedacht war.“ Dem steht gegenüber, daß der Verbandstag keinen Beschluß gefaßt hat, die Zahl der Listen oder Gruppen auf drei zu beschränken. Es steht doch ganz selbstverständlich jedem Mitgliede frei, Vorschläge zu machen für eine Liste oder Richtung, die ihm gefällig ist, wie es auch jedem Kandidaten frei stehen muß, sich zu einer Liste zu bekennen, zu der er Neigung hat. Das bedingt aber zugleich die Zulassung von so vielen Listen, als aufgestellt werden. Nun sagt Thälheim, daß die Verbandsleitung „die Kandidaten der einzelnen Listen nur zusammenzustellen und jede Liste getrennt zu drucken hat. Die Wahl wäre dann an eine solche Liste gebunden.“ Auch dies ist nicht richtig. Verhältnismäßig bedingen nach allgemeinem Brauch gebundene Listen. Damit wird es für die Verbandsleitung unmöglich, die Kandidaten der einzelnen Listen zusammenzustellen. Wen soll sie an die erste, wen an die letzte Stelle bringen? Nach allgemeiner Übung sind die ersten Kandidaten jeder Liste als gewählt anzusehen, soweit die Stimmzahl dazu ausreicht. Es müßte darum erst eine Vorwahl über die Reihenfolge der Kandidaten auf den einzelnen Listen stattfinden. Das wäre an sich denkbar, ist aber auch undurchführbar, weil eine Kontrolle darüber unmöglich ist, daß nun auch jedes Mitglied bei dieser Vorwahl sich auch nur an die Liste hält, die er bei der Hauptwahl zu berücksichtigen gedenkt. Thälheim will diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen, indem er sagt: „Nach Eingang des Wahlergebnisses sollte man die Verbandsleitung die Reihenfolge der Kandidaten festsetzen.“ Die obenerwähnte Vorwahl der einzelnen Listen hätte der Verbandsrat nur zu ermitteln, welcher Kandidat auf jeder Liste die höchste Stimmzahl erhalten hat, und entsprechend dieser Zahl müßte dann die Verteilung der Mandate auf Grund des Verhältnismäßigens erfolgen. Also eine ziemlich einfache Art, um dem Antrag des Verbandstages zu entsprechen.“ Aber sofort gibt Thälheim selbst zu, daß diese Form nicht streng dem Verhältnismäßigens entspricht. Macht man sich aber einmal klar, mit wievielen Listen man rechnen müßte und mit wievielen Kandidaten auf jeder Liste — wie wiederholen: jedes Mitglied hat das Recht, Vorschläge zu machen und auch selbst zu kandidieren —, dann zeigt sich eben die Undurchführbarkeit, die Thälheim als „einfache Art“ hinstellt. Die riesige Stimmzettelplünderung, die ganz notwendigemweise eintreten muß, bringt uns dann erst das, was verhinert werden soll, nämlich das Ausfallen großer Mitgliederfreile bei der Beregung der Mandate. Tausend Stimmen, konzentriert auf einen Kandidaten, können diesem zu einem Mandat verhelfen, während strotzend mehr Stimmen, zerstückelt auf eine Anzahl von Kandidaten, nicht vertreten sind. Und das war es ja wohl gerade, was der Würzburger Verbandstag vermeiden wollte, ganz abgesehen von der Arbeitsleistung „einige fünfzig, sechzig oder noch mehr Tausend Stimmzettel mit einigen Tausend Kandidaten auszuwählen. Man kann die Sache nehmen wie man will, immer löst man auf Schwierigkeiten, die die Unmöglichkeit zeigen, selbst beim besten Willen — und der lag bei unserer Verbandsleitung vor — den Würzburger Verbandstagsbeschluss reiflos durchzuführen. Ruhete aber von dem Beschluß abgesehen werden, dann galt es zu prüfen, in welcher Weise ihm möglichst nahe zu kommen ist. Die Verbandsleitung hält nach wie vor die von ihr in Nr. 9 gegebene Art der Wahl als die zweckentsprechendste, nachdem der Verbandstag die Bildung von Wahlbezirken, die im Antrag 141a gefordert worden war, nicht in seinen Beschluß aufgenommen hat und damit zum Ausdruck brachte, daß das Verbandsgebiet nur ein Wahlkreis sein sollte.

### Aus unserem Beruf.

**Zur Nachabmung empfohlen.**  
Einem unserer Kollegen, der in der Geschäftsbücherei von Ferd. Ushelm in Berlin beschäftigt ist, wurde durch Einbruch in seine Wohnung sämtliche Bücher und Kleidungsstücke für sich und seine Familie gestohlen. Die Firma hat ihm darauf sofort 6000 Mk. gegeben, und zwar 3000 Mk. als Geschenk, die anderen 3000 Mk. teilweise, durch wöchentliche Abzahlung zu tilgen. Das ist jedenfalls ein sehr humaner Zug von der Firma, der anzuerkennen und zur Nachabmung zu empfehlen ist.

**Geschäftsvergebnisse.**  
Die Leipziger Buchbinderet. A. G. vorm. Gustav Frische in Leipzig schlägt der Generalversammlung eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals von 5 auf 8 Millionen Mark vor. Die 5 Millionen Mark jungen Aktien sollen den Aktionären zu einem noch festzusetzenden Kurse zum Bezuge angeboten werden. Das Unternehmen ist im laufenden Geschäftsjahr recht gut beschäftigt, namentlich ist es für die Ausfuhr reichlich mit Aufträgen versehen. Auch gegenwärtig ist der Geschäftsgang gut. Für das am 31. Januar zu Ende gehende Geschäftsjahr dürfte ein günstiges Ergebnis erwartet werden, so daß eine Erhöhung der Dividende (i. B. 15 Proz.) in Aussicht genommen werden kann.

**Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke in Sietkin.** Der Geschäftsgang ist sehr befriedigend. Es ist mit der Verteilung einer Dividende von mindestens 25 gegen 20 v. H. im Vorjahre zu rechnen.

**Freiberger Papierfabrik in Wethenborn** zahlt 20 Proz. (gegen 20, 14, 14, 15, 13 Proz. in den Jahren 1920—1916) Dividende.

**Chromo-Papier- und Carton-Fabrik** vorm. Gustav Rastorf Akt.-Ges. in Leipzig beschl. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 40 Proz. (i. B. 30 Proz.) zur Verteilung in Vorschlag zu bringen.

Die sächsische Kartonnagenmaschinen A. G. in Dresden beantragt 7 Proz. auf die Vorkzugsaktien und 25 (20) Proz. auf die Stammaktien. Deutsche Bucherei.

Der Oberbürgermeister von Leipzig hat mit den zuständigen Regierungsstellen Besprechungen über die Mittel gepflogen, durch die das Weiterbestehen der Deutschen Bucherei gesichert werden kann. Das Reich hat sich bereit erklärt, den von ihm bisher für die Deutsche Bucherei gewährten Zuschuß von 500 000 Mk. auf eine Million Mark zu erhöhen. Ferner sind der sächsische Staat und die Stadt Leipzig sowie der Vorlesverein der deutschen Buchhändler entschlossen, ihre bisherigen Leistungen für die Deutsche Bucherei nach Kräften zu verneuern. Bei den letzten hohen Bücherpreisen sind die anderen Bibliotheken nicht in der Lage, in dem früheren Umfang Bücher anzuschaffen zu können. Mit Rücksicht darauf ist vereinbart worden, daß die deutschen Bibliotheken im Bedarfsfalle von der Deutschen Bucherei eine Anzahl Werke für einige Zeit zur Verfügung gestellt erhalten.

Eine bibliophile Zeitschrift.

Der Jakob-Krause-Bund, die Vereinigung deutscher Kunstbinder, verleiht ein Rundschreiben an die deutschen Bücherfreunde, mit dem diese eingeladen werden, dem Bunde als „Förderer“ beizutreten. Das anregende Zusammenarbeiten zwischen Buchbinder und Bibliophilen will der Bund durch die Aufnahme von Bücherfreunden als „Förderer“ erweitern und vertiefen. Er verknüpft damit den Gedanken, eine Monatschrift herauszugeben, die den Titel „Die Heftlade“ tragen und den Zweck verfolgen soll, das Gebiet des bibliophilen Bucheinbandes nach der handwerklichen und ästhetischen Seite hin zu pflegen. „Die Heftlade“, die aber auch das schöne Buch in allen seinen Teilen behandeln soll, wird in jeder Nummer Abbildungen historischer und neuzeitlicher Bucheinbände enthalten. Schriftleiter ist der Kunstschriftsteller Ernst Collin, Berlin. Es ist ferner geplant, jährlich eine den „Förderern“ des Jakob-Krause-Bundes ausschließlich vorbehalten bibliophile Veröffentlichung herauszugeben, deren Einbände von den Mitgliedern des Jakob-Krause-Bundes gefertigt werden sollen.

Einfuhrzölle auf Bücher in Amerika.

Die schon seit einiger Zeit durch die Presse gebrachte Nachricht, daß man in Amerika mit dem Plane umginge, ausländische Bücher mit einem Einfuhrzoll zu beladen, ist nun zur Wirklichkeit geworden. Gegen diese Maßnahmen gehen verschiedene amerikanische Blätter scharf ins Feld, sie bezogeln diese Handlungsweise als Aufrichtung nicht nur eines wirtschaftlichen, sondern auch eines geistigen Damms zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Der Einfuhrzoll auf Bücher in fremder Sprache beträgt 20 Proz.; auch wertvolle alte Bücher unterliegen dem gleichen Prozentsatz.

Rostbandsarbeiten im Buchdruckgewerbe.

Dazu sagt die „Papier-Zeitung“: Für solche sind vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung vorläufig zwei Millionen Mark aus Mitteln der produktiven Erwerbslosen-Unterstützung zur Verfügung gestellt worden. Am 14. November 1921 erließ das Reichsamt der Deutschen Buchdrucker eine Aufforderung an die Buchdruckereien, sich um die Zuweisung solcher Arbeiten zu bewerben. Dessen Erlaß ist inzwischen Folge geistelt worden. Eine Anzahl Firmen hat sich nun über das Ausbleiben solcher Rostbandsarbeiten beklagt. Diesen Beschwerden



gegenüber erklärt das Tarifamt, daß die Berücksichtigung der antragstellenden Buchdruckereien natürlich nur erfolgen könne im Maße der von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zur Verfügung gestellten Aufträge. Auf deren Ersuchen haben sich die Verleger mit den Buchdruckereien, die Notstandsarbeiten ausführen, direkt ins Benehmen gesetzt. Als Notstandsarbeiten kommen nur Werke und Zeitschriften wissenschaftlichen Inhalts in Betracht, deren Förderung von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in Vorschlag gebracht wird.

Da die Beschäftigungstage im deutschen Buchdruckergewerbe im allgemeinen eine Abflauung aufweist, so wird die Uebernahme von derartigen Notstandsarbeiten manchen Buchdruckereien willkommen sein. Arbeitslose können dann untergebracht und die sogenannte Kurzarbeit eingeschränkt werden. Der Förderung der deutschen Wissenschaft wird aber gleichfalls ein guter Dienst erwiesen.

### Zum Verbandstag.

In der letzten aufbauenden neuen Zeit muß sich der Verbandstag neben den Beitrags- und Unterhaltungsfragen auch mit dem Beirat beschäftigen. Welche Aufgaben und Rechte will man dem Beirat übertragen, wie soll seine Zusammenfassung sein? Soll neben dem Beirat auch noch der Ausschuss bestehen bleiben oder sollen die Aufgaben des Ausschusses auf den Beirat übertragen werden, der für die einzelnen Fragen Kommissionen einsetzt? So hätte man die beste Gewähr, die Stimmung der Mitglieder aus allen Gegenden des Reichs zu erfahren. Bei allen wichtigen Entscheidungen hat man in letzter Zeit den Beirat zugezogen. Es ist ein Unbding, wenn man zwei ähnliche Körperschaften nebeneinander bestehen läßt. Ob bei der Zusammenlegung an dem Prinzip festzuhalten ist, daß nur unbesoldete Mitglieder in den Beirat gewählt werden können, ist keine Frage, wenn es auch unter den Beamten eine gewisse Unstimmigkeit hervorrufen dürfte. Auf diese Weise gehen wir am besten viele Kollegen zur Mitarbeit heran, denn nur so kommen wir vorwärts undanken nicht zu einem Versicherungsverein herab.  
Carl Hoff, Hamburg.

### Berichte.

**Bremen.** Die Kollegenschaft Bremen leidet außerordentlich unter der Teuerung. Der Reichstaxi verweist Bremen in Ortsklasse II, die Kartonnager sind sogar in Klasse III. Dabei ist die Lebenshaltung in Bremen teurer wie in Berlin und den teuersten Plätzen des besetzten Gebietes gleich. Die Kollegenschaft hat nun versucht, durch örtliche Verhandlungen die zentralen Lohnvereinbarungen zu korrigieren. Nach langwierigen Bemühungen ist es am 25. Februar gelungen, mit den Buchdruckereibesitzern und der Buchbinderrinnung ein Abkommen zu treffen, nach dem den verheirateten Kollegen eine wöchentliche Lohnzulage von 15 Mk., den ledigen über 24 Jahre von 10 Mk. gewährt wird. Die Kollegenschaft erwartet nun, daß den Teuerungverhältnissen Bremens bei den zentralen Lohnvereinbarungen in Zukunft besser Rechnung getragen wird als bis bisher geschehen.

**Bau Sachsen.** An unserem Gantag, der am Februar in Chemnitz stattfand, nahmen Vertreter der Buchdrucker und Hilfsarbeiter teil, deren kurze Begrüßungsansprachen in den Worten ausklangen, immer im engen Rahmen zusammenarbeiten zu wollen mit dem Endziel, das sich alle gestellt haben: Bildung des Industrieverbandes.

Hierauf erstattete Pfüge den Geschäftsbericht. In gedrängter Form ging er auf die Entwicklung des Baues ein. Dieser ist an Mitgliedern der stärkste in unserem Verbands. Das Tätigkeitsgebiet ist als ein umfangreiches zu bezeichnen. Den kleinen Jahrestellen mußte oft Hilfe geleistet werden, weil die Kollegen die gewerkschaftlichen Aufgaben noch nicht recht erfasst haben. Trotzdem war jeder bestrebt, das Beste für den Verband zu tun.

Den Kassensbericht erstattete Begler. Die Finanzlage des Baues ist nicht besonders gut. Die Geldentwertung hat die Geschäfte erschwert. Trotzdem aber ist der Bauvorstand allen Anforderungen gerecht geworden.

Die Mandatprüfungskommission stellt fest, daß 48 Delegierte und 5 Kollegen vom Bauvorstand anwesend sind. Denselben wird das Sämmerrecht zugesprochen.

In der Diskussion wurde die geleistete Arbeit des Vorstandes anerkannt, wenn auch einzelne Redner Kritik übten. Diese Kritik ist oft örtlich begründet; sie würde überflüssig, wenn die Kollegenschaft sich mehr am Verbandseben beteiligen würde. Die vom Bauvorstand eingebrachten Anträge über Erhöhungen der Lokalbeiträge für Einzelmitglieder in Klasse 1 bis 3 von 50 Pf. und in Klasse 4 bis 5 von 1 Mk. pro

Woche kamen zur Annahme. Eine Erhöhung der Baubeiträge von 20 Pf. für Weibliche und von 30 Pf. für Männliche wurde beschlossen. Beschlossen wurde auch, daß die Verbandsbeiträge an die Stelle zu entrichten sind, wo das Mitglied in Arbeit steht; es sei denn, daß sich dafelbst keine Zahlstelle befindet.

Dann sprach Pfüge über unsere Tarifpolitik. Ausgehend von der Jahrestellenkonferenz vom 21. August 1921 gibt er einen Rückblick auf die Entwicklung des Reichstarifs. Von ihm vorgelegtes Material über die Steigerung der Löhne ergab, daß sich die Entlohnung bedeutend gehoben hat. Wenn es auch noch nicht das ist, was wir brauchten, dann müsse die wirtschaftliche Lage berücksichtigt werden, in der sich unser Beruf während und nach dem Kriege befindet hat. Der Tarifausschuss war mit ganzer Kraft bestrebt das herauszuholen, was möglich war. Ueber den Industrieverband sei schon viel gesprochen worden, leider stellen sich allerlei Hindernisse entgegen, die zu befeitigen unser Bestreben sein muß. — In der Aussprache ging man auf die Wünsche des Reichstarifs ein. Man wünschte eine Verringerung der Altersgrenzen und bessere Berücksichtigung der Ortsklassen. Eine Verflüssigung und Flüssigmachung mit den Zahlstellen sei notwendig. Die Kollegenschaft werde oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Als Redner stellten sich auf das eine Ziel ein, den Reichstarif weiter auszubauen und vorwärts zu streben zum Wohle der Kollegenschaft.

Ueber die Anträge zum Verbandstag sprach Streiter. Der Verbandstag in Würzburg habe keine fruchtbringende Arbeit geleistet, wohl sei viel geredet worden. Das dürfe diesmal nicht wieder so werden. Er streift die gestellten Anträge und wünscht, der Gantag möge gute Vorarbeit zum Verbandstag leisten. — 42 Anträge waren zu erledigen. Die wichtigsten davon sind: Den Verbandsbeiträgen gleichende Form zu geben, wurde im Prinzip zugestimmt; desgleichen die Beitragsklassenzahl zu verringern, ebenso der Abschaffung von Kranken- und Unmugunterstützung. Mitglieder, welche den Beruf gezwungenerweise wechseln müssen, soll Beitragszahlung zur Erhaltung ihrer Rechte gestattet werden. Ein Antrag betreffend Industrieverband wurde angenommen. Ein Antrag, dem § 48 Abs. 4 eine andere Fassung zu geben, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag, den genannten Abs. 4 zu streichen, mit Mehrheit angenommen. Ein Antrag, der die Abschaffung der Akkordarbeit verlangt, fand nach längerer Aussprache einstimmige Annahme.

Ein Antrag über die vom I.O.B. aufgestellten 10 Punkte soll an die direkte Stelle weitergeleitet werden. Damit war die reichhaltige Tagesordnung erschöpft. Es folgten keine Anfragen an den Vorstand, die von diesem beantwortet wurden. Mit Dankworten schlossen die Kollegen Pfüge und Helke den Gantag.

**Schönlitz.** Für die hiesige Solaneriebranche wurde ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, das folgende Stundenlöhne aufweist: Für Vollarbeiter über 20 Jahre 12,90 Mk., für Hilfsarbeiter über 20 Jahre 12 Mk., für Vollarbeiterinnen über 20 Jahre 7,20 Mk., für Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre 6,90 Mk., für Arbeiterinnen im 20. Jahre 6,30 Mk., im 19. Jahre 6,10 Mk., im 18. Jahre 4,80 Mk., im 17. Jahre 4,60 Mk., im 16. Jahre 4,20 Mk., im 15. Jahre 3,95 Mk. Das Abkommen gilt vom 16. Februar bis 31. März.

**Hannover.** Unsere am 20. Februar stattgefundene Mitgliederversammlung nahm Stellung zu den letzten Lohnverhandlungen. In der Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer scharf kritisiert. Unsere Lohnverhandlungen haben noch nie mit der Teuerung Schritt gehalten. Besonders wurde die Neuregelung der Bezahlung der Akkordarbeiter verurteilt. Es kam zum Ausdruck, daß die Akkordarbeiter in der Bezahlung immer weiter zurückkommen und nur mit Anspannung der äußersten Kräfte ihren Lohn erreichen. Auf die Dauer könne es nicht so weitergehen. Die Ziffer 31 des Hauptvertrages müsse unbedingt geändert werden. Dann wurde über unseren nächsten Verbandstag gesprochen und ein Antrag angenommen, eine Vertrauensmännerführung stattfinden zu lassen, die sich mit den eingegangenen Anträgen befassen soll. Wiedrum hatten wir den Tod zweier Mitglieder zu beklagen. Es sind dies der Kollege Erdmann und die Kollegin Elise Leben. Das Ableben dieser Mitglieder wurde in üblicher Weise geehrt.

**Coez.** Kaum hat der harte Winter etwas nachgelassen, so tauchen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierwarenbranche neue Schwierigkeiten auf. Es war den Arbeitern bei einer Entlohnung von 1,80 bis 0,25 Mk. für die Stunde und den Arbeiterinnen bei einem Stundenlohn von 1,60 bis 1,80 Mark nicht mehr möglich, durchzukommen. Ganz bedeutend waren die Preise für die Lebenshaltung im Dezember gestiegen, ohne daß die Papierwarenarbeiterchaft eine Lohnverhöhung erhielt. Welter stiegen die Preise ganz erheblich im Monat Januar und auch

da trat keine Erhöhung der Löhne ein. In ihrer bedrängten Lage wandten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen am 23. Januar an ihre Arbeitgeber und forderten eine Lohnverhöhung für Arbeiterinnen bis zu 2,50 Mk. für die Stunde und für Arbeiter bis zu 3,50 Mk. die Stunde. Die Arbeitgeber lehnten ab, diese Zulagen zu zahlen. Sie waren bereit, den Arbeitern nur 25 Pf. bis 1 Mk. und den Arbeiterinnen 20—60 Pf. zu gewähren. Die Arbeiterchaft bestand auf ihrer Forderung, da das Elend in den einzelnen Familien sehr groß geworden ist. Die Arbeiterchaft wandte sich, um einem Streik aus dem Wege zu gehen, an den Schlichtungsausschuss in Emden, der nach reiflicher Prüfung und nachdem er beide Teile gehört hatte, den Arbeitern eine Zulage von 73 Pf. bis 3,12 Mk. und den Arbeiterinnen eine Zulage von 56 Pf. bis 1,90 Mk. zugestand, so daß die Löhne der Arbeiter von 2,63 Mk. pro Stunde bis 9,37 Mk. für die Vollarbeiter stieg, und für die Arbeiterinnen von 2,16 Mk. bis 5,70 Mk. für die älteren Arbeiterinnen. Die Arbeitgeber erkannten diesen Schiedspruch nicht an, sie blieben bei ihrem ersten Angebot mit der Erklärung, darüber hinaus können und wollen sie nicht zahlen, wem es nicht passe, dafür zu arbeiten, der könne ja gehen. Es blieb somit der Arbeiterchaft nichts anderes übrig, als wie in den Streik zu treten, zumal dringende Vorstellungen bei dem Arbeitgeber, daß ein Familienvater mit vier Kindern täglich 20 Mark für Brot ausgehen müsse, und bei einem Verdienst von 44 Mk. täglich, nur 20 Mk. für die Bestreitung der anderen Ausgaben übrig behalte, wovon er nicht in der Lage sei, seine Familie vor dem Hunger zu schützen, nichts nützen. Es ist Selbsthaltungstrieb der in den Papierwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie für eine Verbesserung ihrer Löhne kämpfen, und wenn sie im vollen Umfange die Anerkennung des in Emden erlassenen Schiedspruchs, der den Streik vermeiden sollte, heute durch die Arbeitseinstellung im vollen Umfange fordern, zumal alle übrigen Arbeiter Beers in der Entlohnung besser gestellt sind, als wir die Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen.

In beiden Fabriken am Platze legte das gesamte Personal, 44 Arbeiterinnen und 62 Arbeiter, die Arbeit nieder. Die Bevölkerung in Leer sieht dem Streik sympathisch gegenüber. Streikbrecher dürfen sich keine finden; wir bitten trotzdem Zugang von Lüten- und Beutemaschinenmeistern fernzuhalten.

**Offenbach a. M.** Eine außerordentliche Sitzung des Graphischen Kartells am 20. Februar führte zu einer Aussprache über die gegenüber fast allen anderen Berufen viel zu geringe Entlohnung. Man war sich darüber einig, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht bestehen bleiben könne. Allerdings wurden die Schwierigkeiten nicht verkannt, um auf dem Verhandlungswege das herauszuholen, was zum Leben unbedingt notwendig ist. Schon aus rein praktischen Gründen müsse man dazu kommen, die gesamten graphischen Berufe unter einen einheitlichen Manteltarif zusammenzufassen. Die nicht zu verkennenden Schwierigkeiten könnten mit einigermaßen gutem Willen überwunden werden. Den Unternehmern könne im eigenen Interesse auch nur daran liegen, in ihren Betrieben mit einem Tarif zu rechnen, und nicht, wie das jetzt der Fall ist, mit deren vier oder noch mehr. In der letzten Zeit der kurzfristigen Lohnmarifabschlüsse sei der dazu in Bewegung zu setzende Apparat von Unternehmern und Arbeitern ein derart kostspieliger, von der Vergewandung an Arbeit gar nicht zu reden, daß hier unbedingt eine Aenderung eintreten müsse. Die Verammelten sehen in der Zusammenfassung des graphischen Gewerbes unter einen einheitlichen Manteltarif die alleinige Voraussetzung, die wirtschaftliche Lage der Angehörigen des Gewerbes zu heben. Sie waren der Ansicht, daß auf dem Gebiete des Lohnarfs nur bezirksweise bzw. wirtschaftsgebietliche Verhandlungen dazu führen können, die Entlohnung mit anderen Gewerkschaften zum mindesten auf eine gleiche Stufe zu stellen.

**Saarbrücken.** Die Zahlstelle Saarbrücken wird wohl jetzt mit zu den Schmerzenskindern unseres Verbandes gehören. Dauernd markiert sie außer der Reihe über wenn man die besondere Wirkung des Friedensvertrags von Versailles für das Saargebiet kennt, wird man sich über nichts wundern. Für uns ist die Revolution und ihre sozialen Errungenschaften nicht da. Die hier vom Völkerverbund eingeleitete Regierungskommission registriert mit den Geflehen von „vor dem 9. November 1918“. So fehlt für uns alles an sozialer Gesetzgebung, was die Kollegen rechts des Rheines in der glücklichen Lage sind auszunutzen. Kein Betriebsrätegesetz, keine Schlichtungsordnung und wie die Dinge alle heißen, die uns als schöne Möglichkeiten für die Zukunft vorstehen, nichts von alledem haben wir hier. Die freien Gewerkschaften, zumal die größeren Verbände,

find nach einem plötzlichen Aufsteigen zerplittert und zerfallen. Ein großes Maß von Schuld fällt auf die wüste Agitation einiger politisch radikalen Elemente für die Frankensicherung beziehungsweise -entlohnung und gegen die Gewerkschaften. Die Regierungskommission, auch „Französisierungskommission“ genannt, wußte durch ihre Drahtzieher diese die Arbeiterbewegung schädigende Elemente zu unterstützen und ihren Einfluß in der Berg- und Hüttenarbeiterschaft zu festigen, um so allmählich die Fäden, an denen die Massen geführt werden sollen, zu kontrollieren und in die Hand zu bekommen. Wer das Saargebiet und seine Arbeiterschaft kennt, weiß, daß diese vor dem Kriege gelb war bis auf die Knochen und der schönen Devise des Lumpenproletariats huldigte: „Was Brot ich eß, des Vieh ich sing!“ Das weiß auch der französische Propagandadienst, und nun glaubt der Chef des „Französisierungsapparats“ die Zeit für gekommen, um selbst die „Führung“ der Massen in die Hand zu nehmen. Kommunistische und andere Wunderdoktoren sehen ihre Saat und Ernte verloren und darum schreiben sie jetzt nach einer „Einheitsorganisation“ für das Saargebiet. Sie merken nicht, wie sie damit den letzten Rest von Einheitsfeier der freien Gewerkschaften zerstören und den französischen Selben in die Hände arbeiten.

Die kleineren Gewerkschaften mit ihrem Stamm von alten Gewerkschaftern, im besonders die Ortsvereine der Buchdrucker sowie unsere Zahlstellen, stehen diesem Treiben durchaus fern. Sie wissen zu gut, was ihnen die deutschen Zentralverbände sind. Wir verkennen zwar nicht die Notwendigkeit einer organisatorischen Zusammenfassung unserer Gewerkschaftsbewegung im Saargebiet, was ja gegenüber der Regierungskommission zur Erringung der deutschen sozialen Gesetzgebung und auch im allgemeinen notwendig ist, lehnen aber jeden Versuch einer Losrennung von unseren Zentralverbänden aufs entschiedenste ab. Ja, wir müssen sogar jede Anbeutung vermeiden, die der Regierungskommission eine gewünschte Möglichkeit gäbe, uns von unseren Verbänden loszulösen. Eine organisatorische Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung im Saargebiet läßt sich auch mit einem den Verhältnissen entsprechend ausgestatteten Bezirksratell, wie es ja auch im übrigen Deutschland

besteht, erreichen. Entsprechend dieser Auffassung wird unsere Stellungnahme auf einer Konferenz sein, die die Zahlstellen-, Orts- und Bezirksvereinsvorstände der freien Gewerkschaften des Saargebiets mit dem Vorstande des ADGB. haben werden.

Um den hier eigenartig gelagerten Verhältnissen gerecht zu werden, die durch die Frankentlohnung für zwei Drittel der Arbeiterschaft geschaffen worden sind, die sich besonders durch die verminderte Kaufkraft der in Markt entlohten Arbeiterschaft auszeichnen — wozu mit geringer Ausnahme alle Kollegen des graphischen Gewerbes gehören —, mußten wir gleich nach der Besetzung unsere Kräfte für die Erringung der im Buchdrucker tarif vorgesehenen Säge einstellen. Dieses um so mehr, da ja die meisten unserer hiesigen Kollegen in Druckereien arbeiten. So standen wir vor einem Jahr an der Seite der Buchdrucker in einem Streik zur Erringung einer Saarsonderzulage, die, wie in den anderen Gewerkschaften, ein bescheidener Ausgleich sein soll für die durch den Anlauf des Frankens besonders verminderte Kaufkraft der Markt. Die Saarsonderzulage beträgt zurzeit 300 M. für Ledige und 330 M. für Verheiratete, wird aber durch einen Preisaufschlag auf alle Artikel des täglichen Bedarfs gegenüber dem übrigen Deutschland von 50—80 Proz. mehr als wettgemacht. Für Kolleginnen beträgt der Lohn 55 Proz. des höchsten Tariflohnes für Gehilfen. Um diese Sonderzulagen gegenüber den unberechtigten Abbauperkussionen der Prinzipale zu verteidigen, haben Buchdrucker, Buchbinder, Stein drucker, Hilfsarbeiter beschlossen, ein graphisches Kartell für das Saargebiet zu schaffen, das aber auch neben dieser Aufgabe die Erhaltung aller im graphischen Gewerbe stehenden Kollegen und Kolleginnen für ihre Verbände, also eine lebhaftige Agitation zur Aufgabe hat. Die Mittel dafür werden durch einen Beitrag von 2 M. für männliche und 1 M. für weibliche Mitglieder pro Woche aufgebracht. Unsere Zahlstellenverammlung hat Anfang Januar dieses Jahres beschlossen und den Votatzuschlag von 3,50 M. für Kollegen und 2 M. für Kolleginnen einstimmig beschlossen.

### Abrechnungen

vom 4. Quartal 1921 gingen weiter bis zum 7. März bei der Verbandskasse ein von

Reidamm 1542,— M., Tüft 1005,— M., Münster i. B. 517,50 M., Erfurt 5000,— M., Greiz 1023,10 M., Aimenau 2200,— M., Weisenthal —,— M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Hensburg, Freiburg i. Br., Halle a. d. S., Kirchheim-Teck, Saarlouis und Torgau. Fr. Lender.

### Literarisches.

Leos Buchbinder-Jahreskalender 1922. Verlag des Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien, Stuttgart. Der in seinem 33. Jahrgang (1922) neu vorliegende Buchbinder-Jahreskalender steht auch diesmal im Zeichen unseres Reichstarifvertrags, indem die Änderungen beim Manteltarif (Hauptvertrag) Berücksichtigung gefunden haben, wie auch die im Jahre 1921 abgeschlossenen Lohnabkommen der Reihe nach zum Ausdruck gebracht sind. Die auf den neuesten Stand ergänzte Ortsklasseneinteilung zum Reichslohntarif ist ebenfalls wieder beigegeben, wie auch die Zuschlagverträge für die Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie und für die in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderlehrlinge. Der Preistarif für Buchbinderarbeiten, der in der Hauptsache Preisfestsetzungen für Sortimentsarbeiten (Kundenpreise) enthält, wurde nach dem Durchschnittslohn des Weimarer Lohnabkommens vom 30. Oktober 1921 umgearbeitet, und zwar auf Grund eines Stundenlohnes von 7 M., sowie nach Maßgabe der Materialpreise, wie sie damals bestanden. Brauchbare Fingerzeige bieten wie alljährlich die bewährten Rezepte und Fachartikel. Der Vorzugspreis für Bezüge des „Buchbinder-Anzeigers“ beträgt 8 M. portofrei für Deutschland und Oesterreich; in allen anderen Fällen kostet der Kalender 9 M. portofrei.

**Zahlstelle Berlin.**  
**Achtung!**  
**Buchbinderjugend!**

Am Freitag, den 17. März, nachm. 5 Uhr, Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13

**Jugendversammlung**  
für alle Jugendlichen des Buchbinderverbandes.

Lagerordnung wird dort bekanntgegeben.

Alle Jugendlichen haben die Pflicht, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Jugendkommission

**Geübte**  
**Deferier**

in Dauerstellung gegen haben Lohn für Zwirnbastmaschine sofort gesucht.

**Georg Donat, Berlin,**  
St. Frankfurter Str. 50-51

**Bayerische**  
Kauft Wobert & Zander,  
Berlin, Franzstraße 9, Tel.  
Moritzplatz 6483.



**Grüne u. blaue**  
**Buchbinder-**  
**farben**  
Bleibt i. erstklassiger  
Qualität und Farbe  
zu Vorzugsspreisen  
an jeder d. Stg. für  
Männer, Gr. 80/100,  
mit Band oder Kette  
Nr. 45.— das Stück.  
Arbeitsmittel  
Nr. 180.—

**A. C. Voigt**  
Berufsbildungsabteilung  
Gewissgasse, Postfach 77, Tel. 2355  
Verlangen Sie Musterproben,  
Eingeliefert geg. Namennahme.  
Auf der Buchausstellung beim  
Bundesrat in Weimar wurde  
die Qualität meiner Fabrikate  
als vorzüglich anerkannt.

**Anzeigen**  
finden nur Aufnahme, wenn der  
Beitrag vorher eingekandt ist.

**Warenerforgung**  
**des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Die A.D.G.B. hat neuerdings einen großen Vorrat billiger Bekleidungsgegenstände beschafft, die in den nachstehenden Verteilungsstellen an die organisierten Mitglieder abgegeben werden.

Bismarckstr. 68	Brunnentstraße 155
Sebastianstraße 37/38	Engelstein 30
Schönhauser Allee 173	Zadionskirchstraße 8
	Kottbuser Damm 88/89

Karlshorst: Hegemeisterweg 54.  
Köpenick: Kaiser-Wilhelm Straße 101.  
Friedrichshagen: Scharnweberstraße 4.  
Spandau: Achenbachstraße, Restaurant Niemann.

**Verbandsbuch mitbringen!**  
**Kollegen löst Solidarität.**

**Kauf in Euren eigenen Geschäften.**



**sind Allen voran**

Klebstoffe für jeden Zweck:  
Kittleime - Büroleime - Kleister -  
Knochen- und Lederleime.

**Chem. Techn. Werke**  
Willyhald Richter

Querstr. 4-6 Leipzig Querstr. 4-6  
Tel. 3049, 11248

**Tüchtiger**  
**Einleiter,**  
erfahren in seinem Fach,  
selbständige Arbeiter,  
bei auf Extraktur,  
für Kammerrührer  
Maschine (of. l. dauernde Stell.  
gel. Stelle wird vergütet.

Max Bismann, Geschäftsbücherei, Coburg.

**Zahlstelle Berlin.**  
Am Sonnabend, den 18. März, von 12—5 Uhr nachm.  
Urwahl!

bei Angestellten der Zahlstelle in folgenden Votations

1. Rothmann, Bismarckstr. 118.
2. Alexander, Alexanderstr. 37a.
3. J. Schim, Charlottenstr. 7.
4. Krambach, Bismarckstr. 61.
5. Adolf Eckert, Müllerstr. 163.
6. Rogow, Bismarckstr. 13.
7. Baum, Stadtdreierstr. 47.
8. Valentin, Krausstr. 56.
9. Liebich, Stalger Str. 140.
10. Gewerkschaftshaus, Engelstein 25, Zimmer 11.
11. Buppe, Rajantennallee 95/96.
12. Bleiners, Wilowstr. 58.
13. Sauer, Neuföhn, Neuster. 80.
14. Lofe, Vintenstr. 218, Ecke Räderstraße.
15. Kreier, Alte Jakobstr. 20/22.

Kollektoren und Kollegen! Es ist unbedingt Pflicht, daß jedes Mitglied an diesem Tage seiner Pflicht genügt. Die Vertrauensleute sind gebeten, die Mitgliedsbücher rechtzeitig zu verteilen. Ohne Mitgliedsbuch kann nicht gewählt werden. Die 8. Woche muß im Mitgliedsbuch entweder aktiv oder passiv verzeichnet sein.  
Die Ortsverwaltung.

**Tüchtiger Etuisschreiber**

für Bettecke und Etalagen. Stundenlohn 16 bis 18 M.

**Theodor Claus, Etuisfabrik,**  
Köln, Holzmarkt 71.

**Eine Buchdrabtheftmaschine**

mit 7 Heftköpfen für Kraft und Fußbetrieb, Fabrikat Breuße & Co., noch sehr wenig gebraucht, wegen Mangels an Raum erstaunend billig zu verkaufen!

Zu besichtigen bei  
**Schlip, Berlin SW 68, Neuenburger Str. 19**

**Druckereibuchbinder**  
In unseren aufstrebenden Provinzbetrieben in Mittel- und Nordwestdeutschlands in landschaftlich schöner Lage suchen wir einen tüchtigen, arbeitstüchtigen, möglichst ledigen

im Alter nicht unter 25 Jahren, dem wir neben persönlicher Mitarbeit die Beaufsichtigung des durchschnittlich 6-8köpfigen Personals unserer Buchbinderabteilung übertragen können. Es kommt nur eine strebame, zielbewusste und energiegelade Kraft in Frage, die mit allen einschlägigen Arbeiten (u. a. mit der Bedienung automatischer Schneidemaschinen) einer Druckerei für Qualitätsarbeiten hinreichend vertraut ist. Bei zufriedenstellenden Leistungen eröffnen sich gute Aussichten für die Zukunft. Ausführliche Offerten mit Lohnforderungen erbeten unter „G. G. 44“ an die Expedition dieser Zeitung.